

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Telefon: Wilm-Dörff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 31, Belle-Alliance-Platz 6
Telefon: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 21. Februar 1931

Washington und Moskau.

Der amerikanisch-russische Konflikt.

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Unter den Weltgrossmächten haben die Vereinigten Staaten Nordamerikas von Anfang an gegenüber dem Sowjetstaate eine Sonderstellung eingenommen, die in gewisser Beziehung an die Einstellung Clemenceaus erinnert. Clemenceau wollte zwischen Sowjetrussland und der übrigen Welt einen scharfen Trennungsstrich ziehen: nicht nur durch das Versagen der Anerkennung der Sowjetregierung, sondern auch durch wirtschaftliche Blockade. Die Amerikaner haben nur den ersten Teil dieses Programms angenommen; aber sie halten an ihm seit Anbeginn der Sowjetrepublik bis zum heutigen Tage mit eiserner Konsequenz fest: also kein wirtschaftlicher, wohl aber ein diplomatischer Drahtverhau zwischen U.S.A. und U.S.S.R..

Dieser eigentümlichen Situation gegenüber verhielten sich die Sowjetmacht-haber folgendermassen: sie bemühten sich zunächst, durch die offenstehende kommerzielle Luke die Handelsbeziehungen zu dem reichen Amerika soweit als möglich zu erweitern; sobald es aber geschehen war, unternahmen sie immer wieder - freilich stets mit negativem Erfolg - den Versuch, auch die politische Blockade Amerikas gegen Moskau zu durchbrechen. Schon im Jahre 1919 wurden die Handelsbeziehungen zu Amerika durch zwei Gesellschaften, der Products Exchange Corporation und der Arcos-America, wiederaufgenommen. 1924 wurden beide zur "Amtory Trading Corporation" vereinigt. Der amerikanische Export nach Russland, der 1913 rund 25 Millionen Dollars betrug, erreichte im Wirtschaftsjahr 1928-29 die nicht unansehnliche Summe von über 100 Mill. Dollars. Die Handelsbilanz blieb - für Amerika - dabei stets aktiv. Dennoch beharrte das weisse Haus auf seiner politischen Ablehnung des Sowjetstaats. Ein Versuch, ohne die Anerkennung der Sowjetregierung eine Art diplomatische Vertretung in beiden Ländern zu schaffen, misslang vollkommen. Kurz vor Hardings Regierungsantritt wurde der diplomatische Vertreter der Sowjets in USA Martens ausgewiesen. Vorher hatte der amerikanische Vertreter Francis Russland verlassen. Tschitscherins Verhandlungen mit dem Staatssekretär Hughes im Jahre 1923 über die Anerkennung der Sowjetregierung scheiterten. Dieselbe Haltung wie Hughes nahmen später Kellogg und Stimson ein. Ebenso scheiterten die Bemühungen des amerikanischen Senators Borah und der an Russland interessierten Rockefeller-Gruppe, die Anerkennung durchzusetzen, wie die das gleiche Ziel verfolgenden amerikanischen Reisen des früheren Direktors der russischen Staatsbank Scheinmann und des Leiters der russischen Handelsvertretung in London, Brown. Russland hat nicht einmal eigene Konsulate in den Vereinigten Staaten. Amerika hat es bisher sogar abgelehnt, auch nur einen Handelsvertrag mit Moskau abzuschliessen, weil ein solcher die Anerkennung zur Voraussetzung hätte. Die Haltung Amerikas verfehlte ihren Einfluss auch auf andere Länder nicht, und besonders in England spielte in dem Streit für oder gegen die Anerkennung Moskaus das Argument, dass Amerika, das mit Kreml keine Beziehungen unterhält, eine aktive Handelsbilanz, England hingegen, das die Sowjetregierung anerkannt hat, eine passive Bilanz im Geschäft.

mit Russland aufweist, eine beträchtliche Rolle.

Wie ist die Intransigenz Amerikas zu erklären? Da das Geschäft mit Russland sich gut entwickelte, kann und muss diese Intransigenz durch eine Politik des Prinzips erklärt werden, der, wie wir ja auch aus anderen Beispielen wissen, die USA leicht zuneigen. Man fürchtet, durch die Anerkennung der Sowjetregierung etwas zu sanktionieren, was dem im eigenen Lande so hochgehaltenen individualistischen Wirtschaftsprinzip zuwiderläuft, und dadurch dieses Prinzip selbst zu diskreditieren. Man will ferner nicht, da man sich unentwegt zur Demokratie bekennt, ein System anerkennen, das alle demokratischen Grundsätze mit Füßen tritt. Und da man auch das unterirdische Eindringen der Sowjetpropaganda ins Land nach Möglichkeit verhüten will, so lässt man auch keine durch Exterritorialität geschützten Diplomaten oder konsularischen Vertretungen des Sowjetstaates zu.

So hat sich also im Laufe all dieser Jahre der Handelsverkehr zwischen USA und USSR unbeschadet des mangelnden diplomatischen Verkehrs abgewickelt. Seit etwa einem halben Jahre aber hat sich die Situation geändert. Die Feindschaft gegen das Sowjetsystem beginnt auch in den Wirtschaftsverkehr einzudringen. Schon im August vorigen Jahres erregte es grosses Aufsehen, dass Sowjetschiffe die mit Papier, Holz und Streichhölzern beladen waren, die Landung in Amerika verboten wurde. Die Motivierung war, dass amerikanisches Gesetz und Herkommen die Einführung von Produkten der Sklavensarbeit verböten und die Zwangsarbeit der nach den nördlichen Waldgebieten der Sowjetunion Verbannter der Sklavensarbeit gleichzuachten sei. Diesen Standpunkt vertraten nicht nur die amerikanischen Handelsbehörden, sondern auch der amerikanische Gewerkschaftsbund. Das bereits verhängte Verbot wurde, nach Protesten der Sowjetregierung, vor allem deshalb wieder aufgehoben, weil amerikanische Industrielle erklärten, auf die russische Zellulose, die besser als die kanadische sei, nicht verzichten zu könne

Seitdem hat sich aber die Lage nochmals verschärft. Die Arbeitslosigkeit in USA hat bisher ungeahnte Ausmass angenommen - und heute ist das antirussische Warenverbot abermals erlassen. Das Wort von der russischen Sklavensarbeit ertönt in der amerikanischen Öffentlichkeit immer lauter, und Senator Oddy erklärte erst dieser Tage, selten habe in der Weltgeschichte ein Staat seinen Bürgern diese Arbeit in solchem Masse aufgezwungen, wie Sowjetrussland. Die Sowjetpresse aber zetert, dementiert und droht mit Entziehung der Aufträge.

Der erste Antrieb zu diesem ganzen Konflikt war und ist der Kampf gegen das Sowjetdumping. Doch weilt ein Wechsel ist dabei zu beobachten! Noch nicht lange ist's her, da verlangten britische Arbeiter die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrussland in der Hoffnung, dadurch eine gewisse Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit zu schaffen. Heute aber fordern amerikanische Arbeiter die Sperrung der Sowjeteinfuhr - mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit.

Gewiss ziehen ferner alle Staaten ihre Sträflinge zur Zwangsarbeit heran. Aber das sowjetrussische Strafrecht tritt aus der Reihe aller zivilisierten Staaten schon deswegen heraus, weil es nicht einmal die elementare Regel "keine Strafe ohne Gesetz" kennt und alles der administrativen Willkür überlässt. Daher konnte sich die Sowjetregierung bisher, trotz aller Proteste, von den erwähnten Vorwürfen nicht reinwaschen und wird es kaum je können, solange das geltende System dort in Kraft bleibt. Denn wir, und wohl auch die Amerikaner, wissen, dass die "Entkulakisierung" sich nicht mit der gewaltsamen Enteignung von Bauern begnügte, sondern massenweise Verschickungen in die Wälder Nordrusslands und Sibiriens zur Abholzung zur Folge hatte. Wir wissen das auch aus den Briefen deutscher Wolgakolonisten, die zu einem grossen Teil dasselbe Schicksal erlitten haben.

Die geschilderte Bewegung greift neuerdings auch auf England hinüber. Dort hat sich sogar eigens eine "Liga zur Bekämpfung der russischen Sklavensarbeit" gebildet. Es sind über das rein ökonomische hinaus, schliesslich allgemeine menschliche Motive, die die ausserrussische Öffentlichkeit heute derart erregen. Diese Tatsache bildet nur eine Parallele zu dem fast einstimmigen Ergebnis aller Beobachter des heutigen Russland: dass nämlich der "Fünfjahrplan" für die Masse des russischen Volkes eine Anspannung seiner Dulderkraft bis zur physischen Erschöpfung bei gleichzeitigem Mangel einer auch nur entfernten äquivalenten Entlohnung bedeutet.

SPD. Genf, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, der dieser Tage von einer zehnwöchigen Reise durch Südamerika nach Genf zurückgekehrt ist, hat das Ergebnis seiner Mission in Geheimberichten niedergelegt. Daraus geht deutlich der Plan hervor, die im Völkerbund befindlichen süd- und mittelamerikanischen Staaten zu einem Block zusammenzubringen. Drummond hat zu diesem Zweck zahlreiche Besprechungen geführt, ohne jedoch etwas Positives zu erreichen.

SPD. Dresden, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Partei in Mahlis bei Oschatz ist geschlossen zur KPD übergetreten.

In einem von der KPD-Presse veröffentlichten Schreibender Ortsgruppe heisst es: "Die Unterzeichneten erklären hiermit ihren Beitritt zur KPD unter gleichzeitiger Bildung einer Ortsgruppe. Wir haben erkannt, dass die Arbeiterklasse nur allein sich aus ihrer Lage retten kann, dass auf parlamentarische Weise sich unser Elend nicht beseitigen lässt, dass die sozialdemokratische Führerklique zu Verrätern am Proletariat geworden ist. Wir haben erkannt, dass die NSDAP keine Arbeiterpartei, sondern gewillt ist, die Arbeiter vom allein möglichen Wege, den Klassenkampf abzuhalten, um wie in Italien sie auf blutigste Art und Weise zu unterdrücken. Wir haben erkannt, dass nur der grosse Zusammenschluss aller klassenbewussten Proleten mit den irreführten sozialdemokratischen Arbeitern und Reichsbannerkameraden unter der alleinigen wahren Führerin des Proletariats, der KPD, uns restlose Befreiung bringen kann. Wir geloben, nicht nur Mitglieder, sondern auch Kämpfer zu sein für ein Sowjet-Deutschland.

Ob Kommunisten oder Nazis, in dem Tone gegen die Sozialdemokratie sind und bleiben sie sich gleich.

SPD. Köln, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

In St. Goar wurden bei einem Stahlhelmann namens Gustav Mudersbach, der ausserhalb des Ortes eine Tankstelle unterhält, 10 Gewehre und Karabiner und etwa 1000 Schuss Munition beschlagnahmt. Als die Gewehre gefunden waren, bestritt Mudersbach seine Zugehörigkeit zum Stahlhelm. Eine Haussuchung förderte jedoch eine Stahlhelmuniform nebst Stahlhelmabzeichen zu Tage.

SPD. Mit auffallender Gleichmässigkeit werden Nationalsozialisten, die wegen strafbarer Handlungen festgenommen worden sind, freigesprochen oder zu lächerlich geringen Strafen verurteilt, während die gleichen Gerichte gegen kommunistische Ruhestörer regelmässig schwere Strafen verhängen. Den Naziangeklagten werden die albernsten und dürftigsten Ausreden geglaubt. Nationalsozialistische Entlastungszeugen, die regelmässig "nichts gesehen" haben wollen und die offenbar einstudierte Aussagen vortragen, werden für glaubwürdig erklärt, Polizeibeamte dagegen, die die Nazi-Rowdies auf frischer Tat festnahmen, finden auch mit den bestmöglichten und schlüssigsten Aussagen bei den Gerichten keinen Glauben. Vielfach müssen sie es sich noch gefallen lassen, vom Richterlich ironisiert und lächerlich gemacht zu werden.

Den bösen Willen rechtsgerichteter Richter erkennt man besonders zwingend aus einer Gegenüberstellung von Urteilen Kasseler Gerichte.

Gegen links: Gefängnisstrafen!

1. Die Kommunisten Grau und Munter versuchten die Polizeikette bei einer Demonstration zu durchbrechen und leisteten Widerstand. Beide werden wegen Landfriedensbruchs und Rädelsführerschaft zu je acht Monaten Gefängnis ver-

urteilt.

2. Der Kommunist Voss erhält wegen Beleidigung und Widerstand drei Wochen Gefängnis.

Gegen rechts: Freispruch oder Geldstrafen!

1. Der Nazi-Agitator Bergemann tituliert einen demokratischen Landrat als Schwein, der sich ein Parteibuch beschafft habe um Landrat zu werden. In zwei Instanzen wird er zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt, die hohen Kosten trägt die Staatskasse.

2. Der Nazi-Agitator Kohler nennt den Ministerpräsidenten Braun einen Schmarotzer und die Republik einen Saftladen. Dafür erhält er 450 Mark Geldstrafe, in zweiter Instanz nur 150 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung Brauns, Freisprechung wegen des Ausdrucks "Saftladen".

3. Das Nazi-Ehepaar Hoppenrath widersetzt sich der Festnahme durch Polizeibeamte. Die Frau nennt einen Polizeibeamten einen ganz grossen Lumpen, Polizeibeamte bestätigen die Angabe. Eine Galerie von Nazizeugen behauptet das Gegenteil, die Angeklagten werden freigesprochen, lediglich die Frau bekommt 80 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung.

4. Der Nazi-Oberleutnant a.D. Jung leistet Widerstand und beleidigt Polizeibeamte, wieder stehen Nazi-Zeugen gegen Polizei-Zeugen, Urteil: Freispruch.

5. Der Nazimann Fischer leistet Widerstand und reizt die Menge gegen die Polizeibeamten auf mit den Worten "Haut sie in die Presse, werft sie die Treppe hinunter" und greift einen Beamten tätlich an. Die Polizeizeugen bestätigen die Anklage, die Nazi-Zeugen entlasten ihren Parteifreund. Der Angeklagte wird im wesentlichen freigesprochen und nur zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt wegen "erfolgloser Aufforderung" zu einer strafbaren Handlung.

+ + +

Alle diese Urteile gegen Nationalsozialisten sind Fehlurteile. Der Schaden der durch solche Urteile entsteht, ist für die Justiz und die Staatsautorität von allergrösster Tragweite.

SPD. Dresden, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Dresdener Polizeipräsident hat die kommunistische "Arbeiterstimme" wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten vom 21. Februar bis einschliesslich 20. März verboten. Das Blatt hatte zu Gegenkundgebungen gegen eine für Sonntag geplante nationalsozialistische Kundgebung aufgefordert und zwar mit den Worten: "Lasst die Nazis Spiessruten lauten."

SPD. Paris, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Kompromiss im französisch-englischen Flottenstreit, von dem am Sonntagabend einige Pariser Morgenblätter berichteten, scheint vorläufig nur in der Gestalt eines unverbindlichen Entwurfes vorzuliegen.

Die Zustimmung Italiens zu dem Entwurf dürfte jedoch ausser Zweifel stehen da Italien wenn nicht de jure so doch de facto die Flottengleichheit zuerkannt wird. Frankreich und Italien sollen nämlich bis zum Jahre 1936, dem Verfalltag des Londoner Flottenabkommens, nur die gleiche Tonnageziffer neuer Einheiten in Bau geben dürfen. Auch die Zustimmung Englands dürfte sicher sein, da England durch die Beilegung des Flottenkonflikts zwischen den beiden lateinischen Schwesternationen der ewigen Sorge um die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer und einer eventuellen Inanspruchnahme der Garantieklausel in seinem Abkommen mit Amerika und Japan enthoben wäre. Ausserdem soll sich in dem Kompromissvorschlag Frankreich auch noch bereit erklären, seine U-Boottonnage, die England ein besonderer Dorn im Auge ist, zu vermindern. Nur über die Haltung Frankreichs zu diesem Einigungsvorschlag liegen bisher keinerlei Mitteilungen vor. Frankreich wird die Zustimmung dazu sicher

nicht leicht fallen, da es in der Hauptsache die Kosten zu tragen hätte. Gewisse Gerüchte, zu deren Echo sich kürzlich die nationalistische "Ordre" bemächtigt hatte, wollen wissen, dass Frankreich tatsächlich zum Nachgeben bereit sei. Natürlich solle man nicht erwarten, dass Frankreich seinen seit Jahren gefassten Verteidigungsstandpunkt ohne Gegenleistung aufgeben werde. So verlautet auch, dass es sich gewisser Garantien versichert habe, damit England seine Rüstungsforderungen zu Lande auf der internationalen Abrüstungskonferenz des Völkerbundes vertreten werde.

SPD. Innsbruck, 21. Februar (Eig. Dr.)

Amtlich wird mitgeteilt, dass das Verfahren gegen den Hauptmann von Maltitz eingestellt wurde. Maltitz befindet sich bereits wieder auf freiem Fusse.

SPD. Braunschweig, 21. Febr. (Eig. Dr.)

Wie die Nationalsozialisten Aussenpolitik treiben würden, wenn sie für die Reichspolitik verantwortlich wären, hat der nationalsozialistische Landtagspräsident Zörner im Braunschweigischen Landtag verraten. Zörner sagte, dass die Nationalsozialisten auch erfüllen würden, allerdings würden sie nur 50 % der fälligen Raten mit 14tägiger Verspätung abschicken, damit Deutschlands ehemalige Gegner erkennen könnten, wie schlecht es dem deutschen Volke ginge.

Ein Vertreter der Sozialdemokratie entgegnete Herrn Zörner, dass die von ihm vertretene Erfüllungspolitik schon einmal mit negativem Erfolge der frühere Reichskanzler Cuno getrieben habe. Die Folge dieser Prozenterefüllungspolitik sei damals der Ruhreinmarsch gewesen.

Immerhin 50 Prozent wollen sie schon erfüllen. Und das ist der halbe Weg nach Rom.

SPD. Wien, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Staatsanwaltschaft hat sich neuerdings das Vergnügen geleistet, gegen vier Schauspieler, die im Juni 1930 an der Aufführung von Hasenclevers Komödie "Ehen werden im Himmel geschlossen" mitgewirkt hatten, Anklage zu erheben. Die Schauspieler werden eines Verbrechens der Gotteslästerung und eines Vergehens der Verspottung der Lehren der katholischen Kirche beschuldigt. Ob sich in Wien tatsächlich ein Gericht findet, das dieser seltsamen Anklage durch Verurteilung der Schauspieler stattgibt?

SPD. Prag, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Das zweimal täglich erscheinende Hauptorgan der kommunistischen Partei "Rude Pravo" wurde auf Grund des Republikschutzgesetzes verboten. Eine Frist ist dem Verbot bisher nicht gesetzt.

SPD. Wien, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Wiener Polizei hat im Zusammenhang mit dem Attentat auf König Zogu von Albanien 17 in Wien lebende Albanier verhaftet und ihre Wohnungen eingehend durchsucht.

Die Attentäter, zwei ehemalige albanische Offiziere, gaben vor der Polizei an, dass sie die Absicht gehabt hätten, Zogu zu töten. Er sei ein Verräter

am albanischen Volke und der Hauptschuldige an dem Ruin ihres Vaterlandes. Am Donnerstag-Nachmittag sei das Attentat in dem Opernkaffee beschlossen worden. Als sie dann am Freitag-Abend in der Nähe der Oper das Automobil des Königs gesehen hätten, seien sie überein gekommen, das Attentat sofort auszuführen. Gjelosse sei nach Hause geeilt um zwei Revolver zu holen.

Gami, der zweite Attentäter, rief als er festgenommen wurde und das Publikum ihn lynchen wollte: "Warum wollt Ihr uns schlagen? Wir haben es für die Freiheit getan. Es lebe die Freiheit!"

SPD. Wilhelmshaven, 21. Febr. (Eig. Dr.)

Das Landesschöffengericht Oldenburg in Nordenham verurteilte 10 Arbeiter des Metallwerks Unterweser wegen Landfriedensbruch zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und neun Monaten. Acht Angeklagte erhielten geringere Strafen, 9 wurden freigesprochen.

Im September des vergangenen Jahres war die Belegschaft des Metallwerkes Unterweser in den Streik getreten, um einen Lohnabbau abzuwehren. Nur ein kleiner Teil der Arbeiter leistete Streikbrecherdienste. Zwischen ihnen und den Streikposten der Gewerkschaften kam es wiederholt zu Reibereien. Schliesslich wurden im Verlauf einer Zusammenrottung Arbeitswillige von den Streikenden verprügelt. Die Angeklagten, von denen 20 heute arbeitslos sind, wurden deshalb wegen Landfriedensbruchs unter Anklage gestellt.

Das harte Urteil gegen 10 der Angeklagten überrascht um so mehr, als Landwirte aus der Unterweser-Gegend, die sich bei Zwangsvollstreckungen ebenfalls zusammenrotteten und gegen die Vollstreckungsbeamten tätlich vorgingen, bedeutend milder davorkamen.

SPD. Neumünster, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Grosses Aufsehen erregt hier die Freilassung der aus dem grossen Bombenlegerprozess bekannten Nickels und Hennings. Nickels ist seinerzeit zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Hennings zu 5 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Beide Freigelassene äusserten, dass sie nicht wüssten, weshalb ihre Freilassung erfolgt ist. Von der Gerichtsstelle Altona wurde auf Anfrage mitgeteilt, dass die Freilassung erfolgt sei, weil für beide Verurteilte eine Sicherheitssumme hinterlegt wurde.

SPD. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wege (Ludwigsdorf, Post Deutsch-Filehne) hat an den Reichspräsidenten ein in einem Teil der Presse veröffentlichtes Schreiben gerichtet, in welchem er u.a. an den Reichspräsidenten die dringende Bitte richtet, dafür Sorge zu tragen, dass ungesäumt etwas Durchgreifendes für die Landwirtschaft, insbesondere des Ostens geschehen möge. Der Reichspräsident hat hierauf dem Abgeordneten Wege folgende Antwort erteilt:

"Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Von Ihrem Schreiben vom 18. Februar habe ich mit vollem Verständnis für die im Landvolk der Grenzmark herrschende sorgenvolle und ernste Stimmung Kenntnis genommen. Ich verfolge die Lage der deutschen Landwirtschaft mit besonderem Interesse und begleite alle brauchbaren Vorschläge zur Besserung der Not namentlich im Osten mit tätiger Mitarbeit. Durch die in den letzten Tagen vom Reichskabinett verabschiedeten Gesetzesentwürfe soll dem Osten durch weitere vor der Verabschiedung stehende Massnahmen der deutschen Landwirtschaft insgesamt eine durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht werden. An meiner Mitwirkung hierbei hat es bisher nicht gefehlt und wird es auch künftig nicht fehlen. Leider muss ich aber zur Zeit Ihre und Ih-

rer Fraktionskollegen praktische Mitarbeit bei der Gesetzgebung des Reiches vermissen. Ich muss daher Ihren Appell an mich damit erwidern, dass ich an Sie und Ihre Parteifreunde den dringenden Ruf richte, bei den bevorstehenden, für die deutsche Landwirtschaft lebenswichtigen gesetzgeberischen Arbeiten nicht abseits zu stehen, sondern tatkräftig mitzuhelfen. Mit freundlichen Grüßen! gez. v. Hindenburg."

Das ist eine schallende Ohrfeige für die Hugenberger und eine Aufforderung, sich schleunigst wieder in den Reichstag zu scheren!

SPD. Zürich, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Unter dem Vorsitz des ständigen Vorsitzenden Emile Vandervelde tagte am Sonnabend im Volkshaus in Zürich die Exekutive der SAI. Es waren u.a. anwesend de Brouckère-Belgien, Wels-Deutschland, Longuet, Renaudel-Frankreich, Brockway Compton, Gillies-Grossbritannien, Bauer-Österreich und der Sekretär der SAI Friedrich Adler.

Der Vorsitzende gedachte vor Eingang in die Tagesordnung des seit der letzten Exekutivsitzenng verstorbenen Exekutivmitgliedes Jakob Pistiner-Rumänien und begrüßte den zum ersten Male einer Exekutivsitzenng beiwohnenden Vertreter des "Bund" in Polen, Viktor Alter. Die Haupterörterung der Exekutive betraf am Sonnabend die Vorbereitung des Internationalen Kongresses, der am 25. Juli in Wien eröffnet werden wird. Die Festsetzung der Tagesordnung des Kongresses wurde nach einer Debatte, in der Wels sprach, einer Kommission überwiesen, die am Sonntag Bericht erstatten wird. Sodann wurde über die Einladung von nicht der Internationale angeschlossenen Parteien beraten. Das Büro der Internationale wurde mit der endgültigen Beschlussfassung betraut. Sogleich wurde die Mitteilung entgegengenommen, dass die sozialistische Partei Uruguays auf ihrem letzten Parteitag den Beitritt zur Internationale beschlossen hat. Schliesslich wurden noch einige organisatorische Fragen im Zusammenhang mit dem Kongress entschieden.

SPD. London, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf eine Einladung von MacDonalld bringt Charlie Chaplin das Wochenende mit dem Ministerpräsidenten zu.

SPD. London, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Genickstarre verbreitet sich in erschreckender Masse. Bis zum Sonnabend sind 36 Grafschaften in den Landesteilen England und Wales davon betroffen. Täglich werden neue Todesfälle gemeldet. Auch auf verschiedene englische Schiffe hat die Krankheit übergegriffen, u.a. auch auf einen bei Gibraltar stationierten Militärdampfer. In der vergangenen Woche wurden 97 Militär- und Zivilpersonen an Genickstarre in die Krankenhäuser eingeliefert. Das englische Gesundheitsministerium erlässt scharfe Warnungen und Vorsichtsmassregeln für die Bevölkerung.

SPD. London, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Bei der Nachwahl im Kreise Fareham, einer bisherigen konservativen Hochburg, wurde am Freitag der konservative Kandidat mit grosser Stimmenmehrheit gewählt.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 21. Februar (Eig. Bericht)

Der Reichstag hatte am Sonnabend nur eine kurze Sitzung. Die Lust zum Reden war auf allen Seiten des Hauses nur gering. Es scheint, dass die Absicht, den Reichshaushaltsetat möglichst rasch zu verabschieden, immer mehr Anhänger gewinnt. Die Zentrumsfraktion hat beschlossen, von der für die Haushaltsberatung jeder Fraktion zur Verfügung stehenden Redezeit nur die Hälfte auszunutzen. Diesen Beschluss hat die Zentrumsfraktion auch den anderen Fraktionen mitgeteilt, um sie zur Nacheiferung anzuspornen.

In der fortgesetzten Aussprache zum Kriegslastenhaushalt nahm sich der Zentrumsabgeordnete Hofmann-Ludwigshafen der Notlage des früher besetzten Gebietes an. Er sprach insbesondere für eine Ausschussentschliessung, wonach die Reichsregierung darauf hinwirken soll, dass im neuen Haushalt auch Mittel für linksrheinische Bahnbauten eingesetzt werden sollen. Der Kommunist Jaddasch nannte es 100 prozentige Roheit, was in der letzten Zeit gegenüber den Liquidations- und Gewaltgeschädigten getan worden sei. - Der Kriegslastenhaushalt wurde schliesslich in zweiter Beratung angenommen, ebenso die erwähnte Ausschussentschliessung. Die Teile, die die Osthilfe betreffen, wurden zurückgestellt. Ein kommunistischer Gesetzentwurf zur Änderung des Kriegsschädenschlussgesetzes wurde dem Ausschuss für Liquidationsschäden überwiesen. Der Haushalt der Reichsschuld wurde ohne Aussprache genehmigt.

Zum Haushalt für Versorgungs- und Ruhegehälter sprach der Kommunist Gräf. Er sagte, dass noch 562 700 Kriegerwaisen vorhanden seien. In den Jahren 1935/36 würden es immer noch 100 000 sein. An Kriegerwitwen hätten wir noch 362 000 zu unterstützen. Insgesamt gebe es 1 165 000 Kriegerhinterbliebene, deren Forderungen von dem Frontkämpferkabinett nicht berücksichtigt würden. Gräf teilte ferner mit, ein kriegsbeschädigter Ingenieur, den man einen geisteskranken Querulanten hiess, habe sich einer Nachuntersuchung bei dem Dortmunder Arzt Dr. Plato unterziehen sollen. Der Ingenieur habe einen Bekannten, der vollkommen gesund sei, zu dem Arzt geschickt. Dieser habe nach einer Untersuchung von nur zwei Minuten den Bekannten, also den angeblichen Ingenieur, in einem langen Gutachten für unheilbar geisteskrank und für anstaltsreif erklärt. So werde ärztlich untersucht. Dieser Arzt übe jetzt noch seine Praxis in Dortmund aus.

Als nach dieser Rede der Minister Stegerwald, der auf seinem Platz sitzt, nicht das Wort nimmt, rufen die Kommunisten: "Wo bleibt der Angeklagte?" Der Minister aber liess sich zum Reden nicht ermuntern. Nachdem noch der Deutsche Landvolkabgeordnete Henze gefordert hatte, die Kriegsoffer müssten auf jeden Fall ausreichend versorgt werden, wurde die Aussprache geschlossen. Die Abstimmungen werden voraussichtlich am Dienstag vorgenommen werden. Die Haushalte des Rechnungshofes und des Reichssparkommissars ergaben keine Aussprache. Auch hierfür wurden die Abstimmungen vertagt.

Nächste Sitzung Montag 3 Uhr: Haushalt des Reichsernährungsministeriums.

Wo steht der Feind?

Die sozialdemokratische Versammlungswelle.

SPD. Die Front verbreitert sich, die Welle steigt. Die Aktion der Sozialdemokratie hat mit Macht eingesetzt. Die Nazis haben die längste Zeit Deutschland mit ihrer Demagogie vergiftet. Das wahre Gesicht der Hakenkreuzler wird enthüllt.

Den zahlreichen Kundgebungen und Versammlungen der Sozialdemokratie in

der ersten Februarwoche sind in der zweiten noch mehr gefolgt. Die Aktion zieht immer grössere Kreise. 68 Kundgebungen im östlichen Westfalen - - in einer Woche! Die sozialdemokratischen Redner hatten in diesen Versammlungen fast 9 000 Zuhörer! In Hessen-Nassau wurden mit gutem Erfolg 44 Kundgebungen veranstaltet, während in Hessen-Kassel rund 10 000 Personen in 39 Versammlungen und 26 Film- und Bildungsveranstaltungen der Sozialdemokratie gezählt wurden.

Ueber 10 000 Besucher wiesen die 40 Versammlungen im Bezirk Magdeburg-Anhalt auf, allein 3 000 davon waren in einer Kundgebung in Magdeburg anwesend. Glänzend war der Versammlungserfolg in Thüringen: 60 Versammlungen in der 2. Februarwoche!

Der mitteldeutsche Reichstagswahlkreis Halle hat seit Mitte Januar eine planmässige Versammlungskampagne durchgeführt. 236 Versammlungen in 4 Wochen, davon allein in der vorletzten Woche 63!

Auch in Süddeutschland regt sich sozialdemokratischer Kampfgeist. In Franken galten 30 Volksversammlungen dem Kampf gegen den Faschismus, in Baden waren es 22 und in der Pfalz sind in der letzten Zeit sogar 107 Kundgebungen durchgeführt. Dort spricht zur Zeit in mehr als 20 Versammlungen der italienische Emigrant Mario Corsi, von dessen Referaten die Zuhörer ausserordentlich beeindruckt werden.

Nicht minder lebhaft arbeitet die Sozialdemokratie in der oberen Rheinprovinz. 23 Versammlungen in einer Woche, annähernd 7 000 Besucher trotz der Faschingszeit!

Aber nicht nur Mittel-, Süd- und Westdeutschland sind rührig. Mit grösster Kraftanspannung wird auch im Osten gearbeitet. In der Grenzmark und im Brandenburgischen konnte die Sozialdemokratie mit geradezu ausserordentlichem Erfolg in einer Woche 112 öffentliche Versammlungen durchführen. In den kleineren märkischen Städten, wie Eberswalde, Nowawes und Königswusterhausen wurden Versammlungen mit 1 000 (!) Besuchern veranstaltet. Beispiellos war der Erfolg in Senftenberg. Hier wohnten einer gemeinsamen Kundgebung der Arbeiterorganisationen 12 000 Personen bei! 31 sozialdemokratische Versammlungen und Filmvorführungen in Pommern setzten mehr als 7 500 Personen in Bewegung, während Mecklenburg-Lübeck 44 Veranstaltungen aufweisen kann. Riesenkundgebungen für die Sozialdemokratie wurden zu Sensationen für die mecklenburgischen Städte. In Schwerin sprach Hörsing vor 2 500, in Rostock der Reichsbannerführer und Sozialdemokrat Meyer vor 2 000 Menschen. Eine zweite Rostocker Versammlung fand ebenfalls vor 2 000 Besuchern statt, weitere 1 000 mussten umkehren, weil der Saal polizeilich geschlossen wurde.

Aus Niederschlesien wird berichtet, dass die Versammlungen der SPD seit Jahren nicht so gut besucht waren wie jetzt. 19 öffentliche Versammlungen in Landorten dieses Bezirks brachten rund 5 000 Besucher.

Die sächsischen Bezirke der Sozialdemokratie haben ebenfalls, teilweise bereits seit Januar, mit grosser Energie ihre Versammlungskampagne begonnen. Im Leipziger Kreis wurden in der 2. Februarwoche 18 Versammlungen mit mehreren Tausend Besuchern durchgeführt.

Auch in Ostsachsen erzielte die Sozialdemokratie grosse Versammlungserfolge. Allein im Unterbezirk Meissen sprachen die Referenten der Partei in 19 Versammlungen, die teilweise mehr als 1000 Besucher aufwiesen.

Zu einem besonderen Erfolg konnte der Bezirk Zwickau seine Aktion gestalten. In den 7 Wochen dieses Jahres gingen mehr als 23 000 Personen in die sozialdemokratischen Versammlungen und Filmvorführungen. Die Zahl der öffentlichen Versammlungen in diesen wenigen Wochen betrug 58, sie übersteigt schon jetzt die Zahl der Versammlungen, die sonst in einem Jahre abgehalten wurden. Damit nicht genug: 3 Aufmärsche der Ordnergruppen und des Reichsbanners brachten weitere 4 000 Teilnehmer.

Die Aktion verstärken! Für die Sozialdemokratie! Gegen den Faschismus!

Aus aller Welt

Die Rache eines Betrogenen.

Van Dyck als Angeklagter - Liebe im Warenhaus - Suzette und der Direktor -
Der Schwur zwischen Parfum und Seife.

SPD. Antwerpen, Ende Februar (Eig. Ber.)

Arthur van Dyck heisst ein junger Mann, der jetzt im lebhaftesten Interesse der Oeffentlichkeit von Antwerpen steht. Er ist der Angeklagte eines bevorstehenden Mordprozesses.

Van Dyck hat gleich seinem berühmten Namensvetter eine Neigung für die Kunst. Er malt ganz gut, nur wissen die Ausstellungen nichts, oder noch nichts davon; er schreibt auch Novellen und Reportagen, die er mit einem Pseudonym bescheiden zeichnet. Im Privatberuf ist Arthur mit dem berühmten Namen Sekretär in einem Warenhaus, dem grössten übrigens in der belgischen Hafenstadt. Ein guter Posten, leidlich bezahlt, eine Gewähr immerhin, sich unbesorgt in der Freizeit der Muse hinzugeben.

Der Rivale.

Arthur von Dyck liebte nun nicht nur die Muse allein, er war auch einer jungen Angestellten des Hauses mehr zugetan, als es die geschäftlichen Beziehungen verlangten. Das alles wäre nun über die Ausmasse einer bescheidenen Sensation nicht hinausgediehen, wenn nicht das Schicksal durch Einschaltung eines Dritten den tragischen Knoten hoch dramatisch geschürzt hätte. Arthur hatte einen Rivale. Einen sehr gefährlichen sogar. Es war ein Rayons-Direktor des Warenhauses, eine mehr materiell als schöngeistig bevorzugte Persönlichkeit, noch unverheiratet. Der hohe Herr hatte auf Suzette ein Auge geworfen, dem nicht zu widerstehen war.

Suzette erkaltete Arthur gegenüber merklich, glich diesen Gefühlsverlust auf der einen Seite aber durch temperamentvolle Augenaufschläge vor dem Direktionsbüro wieder aus. Es geschah alles so, wie es die Romanschreiber schildern. Der Sekretär wurde von dem Liebeswagen abgehängt, der Direktor fuhr nur noch allein an Suzettes schöner Seite weiter. Es kam zu dramatischen Auftritten.

Intrigen.

Der Sekretär wollte kündigen, überlegte es sich aber anders, als er vernahm, dass die Direktion ihn wegen seiner wichtigen Dienste unter keinen Umständen verlieren wollte. Es wurde ihm sogar in lockende Aussicht gestellt, auf der Würdenleiter des Warenhauses eine Sprosse hinaufzuklettern - Arthur van Dyck sollte Direktor werden, allerdings in einem anderen Rayon als der Rivale. Dieser, von seinem bösen Geiste getrieben, suchte das Avancement zu verhindern, mit allen den Mitteln, die in solchen Fällen üblich sind. Die Fähigkeiten Arthurs wurden bezweifelt, seine dichterische Neigung als hinderlich beim Kopfrechnen hingestellt, seine Jugend mit ironischer Schärfe betont. Kurz, der rivalisierende Direktor führte alle jene Gründe in das Feld, denen nüchtern denkende Geschäftsleute sich selten zu versagen pflegen. Sie taten es denn auch nicht; Arthur bekam den Direktorposten nicht, zog sich grollend in die Abteilung "Parfum und Seife" zurück und brütete Rache.

Todesschüsse.

Diese Rache gelangte jetzt zum Vollzug. Der Direktor hatte wieder etwas zu beanstanden, er bestellte Arthur in sein Büro - Arthur aber ging erst in ein Waffengeschäft und kam nach fünf Minuten wieder. Im Direktionsbüro spielte der letzte Akt der Tragödie. Arthur verfluchte den Rivale in Anwesenheit von Suzette, zog den Revolver und schoss darauf los. Von drei Kugeln durchbohrt, sank

Der Direktor zu Boden. Er war tot. Arthur van Dyck warf die Waffe von sich und ergriff die Flucht.

Chikago schien auf eine halbe Stunde in das Warenhaus von Antwerpen ver= setzt. Die Angestellten brachten sich schreiend in Sicherheit, Arthur raste die Treppe hinauf, gefolgt von einem Schwarm Kriminalbeamten, entwischte im Stockwerk "Spielssachen" auf der Feuerleiter und suchte Zuflucht auf dem Dach des Gebäudes. Die Polizeibeamten, durch solche Kühnheit überrascht, holten erst Hilfe herbei.

Der Dichter.

Zeit verging, während der Arthur vergebens Selbstmord zu verüben suchte. Er fand den Mut, andere zu morden, gewiss; aber wenn er an den Dachrand des Gebäudes trat, um sich hinabzustürzen, wurde ihm schwindlig. Die Feuerwehr rückte heran mit ihrer grossen Leiter. Arthur wurde eingekreist, von jeder Selbstmordmöglichkeit abgeschnitten und dann ergriffen. Mit Lebensgefahr trug man ihn die Leiter hinunter. Unten tobte, lynchgelüstigt, das Publikum. Glücklicherweise war der Gefangenenwagen gleich zur Stelle, sonst wäre es Arthur von Dyck noch schlimmer ergangen.

Auf der Wache gab er unumwunden seine Tat zu. In den Taschen des Mörders fand man eine Novelle, kürzlich von ihm unter seinem Pseudonym in einer belgischen Zeitung veröffentlicht. Sie griff der Wirklichkeit vorweg und schilderte, wie ein Angestellter seinen Direktor erschießt. Und der Titel der Geschichte hiess: "Die Rache des Betrogenen". Die Novelle wird eine wichtige Rolle in dem kommenden Mordprozess spielen.

+ + +
Ein Schwein ohne Borsten. In einem Dorf im Regierungsbezirk Trier hatte ein Bauer ein Schwein schwarz geschlachtet, also ohne die vorherige Untersu= chung des Tieres durch den Fleischbeschauer. Eine Nachbarin hielt der Frau des Bauern das "Verbrechen" vor. Um die Nachbarin von der Tatsache, dass das um= strittene Schwein noch lebe, zu überzeugen, legte sich der Bauer mit entblöss= tem Rücken in den Schweinestall, deckte sich gut mit Stroh zu, sodass man nur den angeblichen Schweinerücken sah und liess durch seine Frau die Nachbarin rufen, die sich durch Befühlen des Rückens von der Anwesenheit des Schweines überzeugen sollte. Liebevoll strich die Nachbarin über die im Dunkel des Stal= les nur undeutlich sichtbare angebliche Schweinehaut. Enttäuscht zog sie die Hand zurück. "Das Schwein hat ja keine Borsten!" Der Bauer im Stroh konnte sich vor Lachen nicht mehr halten, sodass der ganze schöne Plan zunichte wurde. Natürlich verbreitete sich die Mär blitzschnell im ganzen Dorf, das noch lange an dieser "Schweinerei" sein Vergnügen haben durfte.

+ + +
Die Sieger der Winter-Olympiade. Die vom Aktions=Ausschuss der diesjähri= gen Arbeiter-Wintersport-Olympiade in Mürzzuschlag anerkannte Liste der Olym= piade=Sieger weist folgende Namen auf: Salminen (Finnland) Drei=Kilometer= Hindernislauf; Manhardt (Deutschland) Zehn=Kilometer=Abfahrtslaufen; Norojärvi (Finnland) Fünfzehn=Kilometer=Langlauf; Häussler (Deutschland) Hauptsprung= lauf; Lathinen (Finnland) Vier= und Sechs=Kilometer Langlauf für Sportlerinnen; Virtanen (Finnland) 500= und 1500 Meter Eisschnellaufen; Pihl (Finnland) 5000= und 10 000 Meter Eisschnellaufen; Oesterreich Eishockey; Schlichtunger (Oesterreicher) Kunstlaufen für Männer. Sieger in den nicht zur Olympiade ge= hörenden Wettkämpfen wurden: Oesterreich Acht=Kilometer Mannschaftslauf für Wehrturner; Gönner (Oesterreich) Kunstlaufen für Frauen; Gönner-Lang (Oester= reich) Paarlafen; Adamek-Kupetz (Oesterreich) Distanzbewerb; Oesterreich (Mitterdorf) Eisschiessen für Mannschaften; Brunner (Oesterreich) Rodeln für Männer; Greier (Oesterreich) Rodeln für Frauen.

+ + +

31 Tote auf Grube Reserve.

Die schwarze Todeskette reisst nicht ab - Was Augenzeugen berichten.

SPD. Aachen, 21. Febr. (Eig. Ber.)

Der Katastrophe auf der insgesamt von 2300 Mann befahrenen Grube Reserve bei Eschweiler (Rheinland) fielen 31 Bergleute zum Opfer. Vier Bergleute trugen schwere Verletzungen davon, eine Reihe weiterer Bergarbeiter leichtere; ausserdem liegen einige Arbeiter an den Folgen erlittener Gasvergiftung im Krankenhaus danieder.

Das Unglück ereignete sich am Sonnabend morgen um 7,30 Uhr auf Revier 12 beim Wechsel zwischen Nacht- und Frühschicht - ähnlich wie seinerzeit in Alsdorf. Es mögen ungefähr tausend Mann zurzeit der Katastrophe im Schacht gewesen sein. Bald nach dem Unglück fuhr zur Untersuchung seiner Ursache eine Kommission der Bergbehörde in die Tiefe; die getroffenen Feststellungen sind ziemlich eindeutig. Ein Blindschacht, der als Zugang zum Arbeitsort dient, ging im Revier 12 zu Bruch und dabei kam es zu einer Schlagwetterexplosion.

Die Verunglückten erlitten schwere Brandwunden und Gasvergiftungen. Die Identifizierung der Todesopfer gestaltete sich ausserordentlich schwierig, da viele der Leichen entsetzlich verstümmelt wurden. Die ersten Toten wurden in der Nähe des Förderkorbes gefunden. Ihr Gesichtsausdruck liess darauf schliessen, dass sie einen furchtbaren Todeskampf durchzuringen hatten.

Einer der geretteten Bergleute gab einen erschütternden Bericht vom Verlauf der Katastrophe. Er erzählte, wie sich die Luft plötzlich seltsam veränderte, wie giftige Gase das Atmen zur Unmöglichkeit machten und wie dann die Detonation erfolgte. Er habe die Mütze vor den Mund gedrückt, um die giftige Luft abzuwehren. Einer seiner Kameraden in unmittelbarer Nähe von ihm habe in hellen Flammen gestanden. Es sei zwar gelungen, das Feuer zu ersticken, aber die Haut habe dem Bergarbeiter von den Händen und von der Brust herunter gehangen und die Nägel hätten sich von den Fingern gelöst. Viele Bergarbeiter seien von den herabstürzenden Steinen verschüttet und getötet worden, andere wieder seien gasvergiftet tot zu Boden gesunken.

Die Rettungsarbeiten gestalteten sich ausserordentlich schwierig. Die Rettungsmannschaften der Grube Eschweiler und der Grube Maria waren, mit Gasmasken ausgerüstet, schnell zur Stelle, aber da der Schacht noch lange Zeit mit giftigen Gasen angefüllt war, konnten die Leute nur langsam vordringen. Berge von Kohlen und Trümmerhaufen versperrten den Weg. In den Nachbarrevieren wurden Tote und Verletzte nicht entdeckt. Später gelang es, durch einen Nebenstollen an den Katastrophenherd heranzukommen.

Im Hof des Verwaltungsgebäudes der Zeche kam es zu furchtbaren Szenen. Trotz strömenden Regens warteten die Angehörigen der Bergarbeiter während der Rettungsarbeiten auf die sichere Vollendung eines ungewissen Schicksals, dass in 31 Fällen sich hoffnungslos gestalten sollte. Mit Leichentüchern umhüllt wurden die Opfer ans Tageslicht, das sie nicht mehr erblicken sollten befördert. Dann erfolgte die Einsargung.

Ueber dem Land liegt Trauerstimmung. Die Katastrophe von Alsdorf lebt noch in frischester Erinnerung. Alsdorf liegt in der Nähe, in der Nähe liegen auch die tieferen Ursachen der neuen Katastrophe. Gewerkschaftskreise weisen auf die allgemeinen Misstände im Bergbau hin, die durch die Untersuchungsergebnisse der letzten Bergbaukatastrophen grell beleuchtet worden seien. Der Deutsche Bergarbeiterverband beruft sich insbesondere auf die bei seiner letzten Reichskonferenz erhobenen Forderungen.

Die Strecken auf Grube Reserve sind sämtlich wieder befahrbar....



Gewerkschaftliche Rundschau

Wer reitet Prinzipien?

Zum Kampf um das Tariflohnsystem.

SPD. Das Unternehmertum geht immer stürmischer gegen die Tariffrent der Gewerkschaften vor. Auf seinen Tagungen und in seiner Presse wird für eine "elastischere Gestaltung des Tarifsystems" scharf Stimmung gemacht und die "Überwindung der Lohnstarre" als Gebot der Stunde hingestellt. Den Gewerkschaften wird unfruchtbare Prinzipienreiterei vorgeworfen,

Der Angriff gegen die Lohnfront wird im allgemeinen folgendermassen begründet: Trotz einer Arbeitslosenziffer von 5 Millionen verharre Deutschland weiterhin in einem Zustand der Lähmung. Der Grund dafür liege in dem "starrten Festhalten der Gewerkschaften an einem Prinzip, der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages". Dieses Verharren auf einen Grundsatz mache es unmöglich, Lohngestaltung und Arbeitsbedingungen der katastrophalen Entwicklung des Marktes anzupassen. Man könne volles Verständnis dafür haben, dass die Arbeiter das Tarifrecht als eine wichtige Errungenschaft betrachten. Solange die Arbeiter nur geringen politischen Einfluss gehabt hätten, seien die Tarifbestimmungen für sie erhebliche Schutzmittel zur Wahrung ihrer Rechte gewesen. Aber heute, wo die Arbeiterschaft über einen gut organisierten Einfluss auf den Staat verfügte, könne niemand noch im Ernst daran glauben, dass die Arbeitgeber dem Arbeitnehmer für längere Zeit den wirtschaftlich möglichen Höchstlohn vorenthalten. Das heutige starre Tarifsystem könne wohl den Stundenlohn gewährleisten, aber die Beschäftigungsmöglichkeit beschränke sich dabei auf eine immer geringere Zahl von Bevorzugten, und so werde aus einer Wohltat eine Plage. Gebe es hier keinen Ausweg? Könne die Tarifstarre nicht für die Notzeit wenigstens durch ein elastischeres System gemildert werden? Habe es Sinn, dass immer mehr Existenzen zugrunde gehen, damit das Prinzip lebe? Der Reichsarbeitsminister sehe die künftige Entwicklung des Tarifrechts in der Bildung freiwilliger Tarifgemeinschaften. Müsse nicht die jetzige Notzeit zu solcher Gemeinschaftsarbeit zwingen?

Also die Gewerkschaften sind an unserm ganzen Elend schuld. Würden sie nicht stur und starr an dem Tariflohn festhalten, an der Aufrechterhaltung der Tarifverträge, dann würde sich alles, alles wenden. Gegen diese bösartige Hetzlegende kann nicht rechtzeitig und nicht energisch genug Front gemacht werden; denn der deutsche Spiesser - seine Massendummheit ist, wie die Hitlerrei zeigt eine Macht - schimpft und tobt ja bereits seit langer Zeit in allen politischen Versammlungen und Unterhaltungen gegen die Gewerkschaftsbonzen, die mit ihrem blöden Achtstundentag, mit der Sozialversicherung und mit den hohen Tariflöhnen dem Arbeitgeber es unmöglich machen, sich mit seinem Personal zu verständigen und mehr Leute einzustellen.

Deutschland soll von der Lohnstarre befreit werden? Wenn wir uns recht erinnern, wird schon seit Monaten unaufhörlich der Lohn abgebaut. Der bisherige Abbau ist den Unternehmern nicht gross genug. Der Appetit wächst beim Essen. Nach 6% Abbau verlangen sie jetzt 20%, weil sie sich in den Kopf gesetzt haben, die Wirtschaftskrise einzig und allein auf dem Weg des Lohnabbaus zu lösen, was natürlich - keine fixe Idee ist. Die Unternehmer rufen nach Aufhebung der Tarifverträge. Sie waren es aber, die selbst die Arbeitsgerichte scharf gemacht haben, um jeden Eingriff in einen Tarifvertrag unmöglich zu machen. Sie selbst

haben vor Jahresfrist nach möglichst grossen Lauffristen beim Abschluss der Tarife gerufen, weil nur so auf weite Sicht hin kalkuliert werden könne. Jetzt soll das alles wieder plötzlich nicht gelten, weil es einen radikalen, plötzlichen Lohnabbau erschwert.

Den Gewerkschaften wird gut zugeredet, sie brauchten keine Angst zu haben bei einer elastischeren Gestaltung des Tarifsystems, denn sie hätten ja grossen politischen Einfluss, und infolgedessen sei es ihnen ja leicht, bei Besserung der Wirtschaftslage schnell auch wieder die gekürzten Löhne zu erhöhen. Die Gewerkschaften lassen sich nicht mit sanften Redensarten einlullen. Gewiss ist die deutsche Arbeiterschaft dank der Arbeit der Gewerkschaften und dank der kühl und nüchtern operierenden Taktik der Sozialdemokratie keineswegs ohne politischen Einfluss. Allein es steht gerade dem Unternehmertum schlecht zu Gesicht, mit einem Hinweis auf diesen politischen Einfluss die Gewerkschaften zu einer Preisgabe ihrer Tariffrent zu bewegen. Der politische Einfluss der Arbeiter ist ja gerade in diesen Tagen bedroht und zwar kommt die Bedrohung durch die Stärkung des Faschismus und diese Stärkung ist in erster Linie auf Unternehmerpolitik und Unternehmergeld zurückzuführen. Hätten wir ein politisch nicht so verblendetes Unternehmertum, wie wir es haben, - dann - wir haben das früher schon bei anderen Gelegenheiten wiederholt betont - wäre naturgemäss eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften in vielen Dingen leichter möglich, als es jetzt der Fall ist.

Die Gewerkschaften sind nicht der "sture Bock", als den sie jetzt in der Frage des Tariflohns hingestellt werden sollen. Die Gewerkschaften sind keine Prinzipienreiter. Ihre Sorge ist einzig und allein das Wohl der Arbeiterschaft, der arbeitenden wie der arbeitslosen und jedes Mittel, das ihnen auch nur einigermassen im Kampf gegen das Massenelend erfolgversprechend erscheint, ist ihnen willkommen, auch wenn es Opfer fordert. Haben sie nicht in der Frage der Arbeitszeitverkürzung sich zu Opfern bereit erklärt? Haben sie nicht auch dort geopfert, wo es gegen ihre Ueberzeugung ging, oder ist der Lohnabbau Stegerwalds nicht verhältnismässig ruhig vor sich gegangen? Wo ist aber das Opfer des Unternehmertums?

Der Reichsarbeitsminister hat soeben auf der Tagung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bei der Erörterung des Problems "Arbeitslosigkeit, Lohn und Arbeitszeit" wieder einmal daran erinnert, dass es jetzt im Interesse der Allgemeinheit darauf ankomme, vorübergehend Opfer zu bringen. Nun das Echo dieses Appells an die Opferbereitschaft klingt nicht gerade erhebend. Es lautet: Ablehnung jedes gesetzlichen Zwangs zur Verkürzung der Arbeitszeit, Aufforderung an die Betriebe, von den eventuell noch da und dort bestehenden Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung Gebrauch zu machen, und Forderung einer möglichst schnell durchzuführenden Senkung der Gestehungskosten, auf deutsch: Senkung des Lohns.

Eine Notverordnung zur Verkürzung der Arbeitszeit ist dem Unternehmertum unsympathisch. Nur eine Notverordnung für eine "elastischere" Gestaltung des Tarifsystems ist ihm sympathisch. Arbeitszeitverkürzung - nur eventuell von Fall zu Fall, Tariflohnsenkung dagegen möglichst allgemein bis auf die Sätze der Arbeitslosenunterstützung - so geht es bestimmt nicht.

SPD. Der Dänische Arbeitgeberverein hat dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund eine erste allgemeine Aussperrungsandrohung übermittelt. Umfang und Inkrafttreten der Aussperrung sollen in einer Woche mitgeteilt werden.

Für 70 000 Arbeiter sind die Tarifverträge gekündigt. Unter den von der Kündigung betroffenen Arbeitern befinden sich 55 000 Mitglieder des Gewerkschaftsbundes. Für 35 000 Arbeiter laufen zum 1. März die Verträge ab.

SPD. Auch in Finnland wird der Lohnabbau modern. So wollen die Holzindustriellen die Bezüge der Angestellten und Arbeiter kürzen. An manchen Stellen sind in der Holzindustrie bereits Lohnkürzungen vorgekommen, die eine Verminderung des Reallohns bedeuten. =

+

In Frankreich sind die Schiffahrtsgesellschaften in die Lohnabbaufront der Unternehmer eingeschwenkt. Der Verband der Matrosen der Handelsmarine hat bereits für den Fall, dass die schwebenden Einigungsverhandlungen scheitern, einen allgemeinen Streik angekündigt. Eine Matrosendelegation hat am Sonnabend unter Führung von Jouhaux, des Generalsekretärs des Gewerkschaftsbundes, beim Minister für die Handelsmarine vorgeschlagen, und sofortige Vermittlung verlangt.

SPD. Ein unmöglicher Schiedsspruch ist in Kiel für die schleswig-holsteinischen Landarbeiter gefällt worden. Der Spruch sieht eine starke Senkung der Löhne der Deputatarbeiter vor. Wundervoll ist die Begründung des Schlichtungsausschussvorsitzenden für diesen unverständlichen Spruch. Er erklärte, man habe ihm ja auch das Gehalt um 6% gekürzt ohne ihn gefragt zu haben.

Auch ein Standpunkt! Warum sollen es die Landarbeiter besser haben als die Beamten? Warum sollen nicht die Schlichtungsausschussvorsitzenden aus Zorn über die Gehaltskürzung den Melkfrauen eine 10%ige Lohnkürzung aufknallen? An irgendeinem muss man doch seine Wut auslassen.

SPD. Die polnischen Petroleumindustriellen wollen die Löhne um 14% herabsetzen, und zwar rückwirkend ab 1. Februar. Die Löhne sind jedoch durch Tarifvertrag bis Ende März festgelegt. Die Gewerkschaften haben daher für den Fall, dass die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt beharren, beschlossen, Ende Februar in allen Petroleum- und Raffinerieunternehmungen Polens den Streik zu proklamieren.

SPD. Das Arbeitslosenproblem hat auch Japan heimgesucht. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Mitte Dezember in Japan nach den amtlichen Schätzungen 332 527. Diese Ziffer bleibt jedoch stark hinter der Wirklichkeit zurück. Tatsächlich beträgt die Zahl der Arbeitslosen in Japan bereits längst mehr als eine halbe Million. Am stärksten ist die Arbeitslosigkeit in Tokio und dessen Umgebung, wo die Textilbetriebe von der Krise besonders schwer betroffen wurden.

Eine staatliche Arbeitslosenversicherung besteht in Japan nicht. Öffentliche und private Wohltätigkeit suchen mit nur sehr unzulänglichen Mitteln der Not zu steuern. Die Stadtverwaltung von Tokio hat von der Regierung eine Anleihe von einer Million Yen erhalten, womit Wegebauten in der Stadt und ihrer Nachbarschaft finanziert werden sollen. Man will auf diese Weise 10 000 Arbeitern für die nächsten Monate Beschäftigung verschaffen.

SPD. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat den Eisenbahner-Gewerkschaften die Lohnhöheparagrafen des Tarif-Vertrags zum 1. April gekündigt. Die Reichsbahn wird die Gewerkschaften in Kürze zu Verhandlungen einladen.

Wirtschaft Technik Handel

Der Herr von Hippel.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

SPD. Königsberg, 21. Februar 1931.

Dieses Ostpreussen hat eine Art Nationalheros. Das ist der Generallandschaftsdirektor von Hippel. Was ist nun die Ostpreussische Landschaft und wer ist der Herr von Hippel ?

Die Ostpreussische Landschaft ist ein ehrwürdiges, leicht angemodertes Gebilde aus friderizianischer Zeit. Formell stellt sie eine Art Zwangsgenossenschaft des ostdeutschen ländlichen Grundbesitzes dar, die schon lange vor der Existenz von Hypothekenbanken die Aufgabe einer Hypothekenbank für die ostdeutsche Landwirtschaft erfüllte. Direktor der Ostpreussischen Landschaft war einstmals jener Kapp, der den bekannten Putsch inszenierte und einige Tage in Berlin den Diktator mimte. Sein Nachfolger ist Herr von Hippel. Er bemüht sich, seines Vorgängers würdig zu sein.

Im Jahre 1927 hielt Herr von Hippel den Zeitpunkt für gekommen, die hochverzinslichen Pfandbriefe der Ostpreussischen Landschaft durch niedrig verzinsliche zu ersetzen und so eine Senkung des Zinssatzes für den erststelligen Realkredit in Ostpreussen herbeizuführen. So begrüßenswert der grundsätzliche Gedanke dieser Massnahme ist, so bedauerlich bleibt es, dass sie in technisch unzulänglicher Weise durchgeführt wurde. Einmal verletzte man unter Berufung auf alte, fast unbekannte Privilegien Rechte, die die Pfandbriefinhaber zu besitzen glaubten, und schädigte so den Emissionskredit der Landschaft, deren Pfandbriefe seitdem regelmässig niedriger bewertet werden als die Pfandbriefe aller anderen privaten und öffentlichen Pfandbriefinstitute. Des anderen nahm die Landschaft in Ueberschätzung ihrer eigenen Kraft einen Amerikakredit auf, um mit Hilfe dieses Kredites die niedrig verzinslichen Pfandbriefe, die nicht am deutschen Markt untergebracht werden konnten, zunächst in eigenen Besitz zu nehmen. Als im Vorjahre der Amerikakredit zurückbezahlt werden musste, waren die Pfandbriefe stark im Kurse gefallen, so dass dieses Kreditgeschäft mit einem Verlust von mehr als der Hälfte des Vermögens der Landschaft bezahlt werden musste.

In der Privatwirtschaft würde ein Mann, der auf dieser Grundlage die Geschäfte eines Unternehmens geführt hätte, einen schlichten und bescheidenen Abschied erhalten haben. Herr von Hippel zog hieraus die Folgerung, dass er der beste Sachkenner der Probleme des ostpreussischen Agrarkredites sei, und die ostpreussische Landwirtschaft, die durch ihn Millionen verloren hatte, hat ihm das auch geglaubt.

Seit der Rückzahlung des Amerikakredites war vorauszusehen, dass die Landschaft über kurz oder lang in schwere finanzielle Schwierigkeiten kommen müsste. Als in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen wurde, erklärte Herr von Hippel, die Lage der Landschaft sei in keiner Weise besorgniserregend. Umso auffälliger bleibt es, dass die Ostpreussische Landschaft für die Jahre 1928/29 und 1929/30 keinen Geschäftsbericht veröffentlicht hat, so dass die Annahme nicht unbegründet erscheint, dass gewichtige finanzielle Momente gegen die Veröffentlichung ungeschminkter Bilanzen sprechen.

Tatsächlich hat sich Herr von Hippel jetzt genötigt gesehen zuzugeben, dass sich die Landschaft in mehr als einer Hinsicht in Verlegenheit befindet.

Wenn der Leiter eines grossen Finanzinstitutes solche Äusserungen macht, so weiss man in der Öffentlichkeit, dass die Lage des von ihm geleiteten Unternehmens jedenfalls kritisch, wenn nicht bedrohlich ist. Es wirkt daher lächerlich, wenn unmittelbar nach diesen Erklärungen des Generallandschaftsdirektors die Ostpreussische Landschaft in Pressecommuniqués versichert, dass ihre finanzielle Lage ausgezeichnet sei.

Aus dieser finanziellen Lage glaubt die Landschaft einen geeigneten Ausweg auf Kosten von Reich und Staat zu finden. Wo die 1928, 1929 und 1930 in Ostpreussen umgeschuldeten landwirtschaftlichen Betriebe in Schwierigkeiten kommen und die von Reich und Staat gegründete Treuhandstelle versucht, den Betrieb unter Rettung eines Teils oder der ganzen Umschuldungshypothek für die bisherigen Besitzer zu erhalten, Neuerwerbem zuzuführen oder zum Zwecke späterer Besiedlung selbst zu erwerben, fordert die Landschaft regelmässig die Rückzahlung des von ihr gewährten erststelligen Hypothekendarlehns in bar. Da umgeschuldete Betriebe in der Regel mit einer 6%igen Hypothek belastet sind und die 6%igen Pfandbriefe der Landschaft nur mit etwa 80 % des Nominalwertes gehandelt werden, würde die Landschaft bei diesem Verfahren einen Gewinn von 20 % des ursprünglichen Darlehens gewahren. Insoweit den umgeschuldeten Betrieben anlässlich der Umschuldung zwecke Verbilligung der erststelligen Hypothek aus Reichsmitteln ein sogenannter Disagiozuschuss von bis zu 16 % des nominellen Hypothekenwertes gegeben worden ist, würde sich bei diesem Verfahren die Hilfe für den Landwirt in eine Subvention für die Landschaft verwandeln. Seit fast einem Jahr widersetzt sich der Generallandschaftsdirektor dem berechtigten Verlangen von Reich und Staat, diese Politik einzustellen und nach dem Beispiel aller anderen Landschaften, wie es auch nach der ostpreussischen Landschaftssatzung zulässig ist, die Rückzahlung der erststelligen Hypothek in Pfandbriefen zuzulassen.

Angesichts der Finanzlage der Ostpreussischen Landschaft und der Tatsache, dass unter den für die Verbindlichkeiten der Landschaft haftenden Grundbesitzern in erster Linie der preussische Staat selbst zu nennen ist, der also das Risiko für die Politik des Herrn von Hippel trägt, ist es unbegreiflich, warum von Hippel so lange auf seinem Platz geduldet wurde. Vollends unverständlich wird dies jedoch dann, wenn man feststellen muss, dass der Generallandschaftsdirektor von Hippel trotz schwerer gegen ihn persönlich erhobener Vorwürfe die ihm bewusst gegebene Möglichkeit zur Aufklärung des Tatbestandes einen Beleidigungsprozess anzustrengen, nicht wahrgenommen hat. Jeder Beamte des Preussischen Staates, gegen den Vorwürfe dieser Art erhoben worden wären, ohne dass er die Beleidigungsklage zu erheben gewagt hätte, wäre lange auf disziplinarischem Wege zumindest zwangsbeurlaubt worden. So hat der Generallandschaftsdirektor nicht auf gerichtlichem Wege den Vorwurf aus der Welt geschafft, dass er mit seiner Autorität und seiner Macht als Generallandschaftsdirektor auf einer Gutsversteigerung, auf der er oder sein Sohn Meistbietender bleiben wollte, alle übrigen Bietelustigen durch Versprechungen und Drohungen zum Schaden der Gläubiger des Betriebes vom Mitbieten abgehalten habe. Zum Erstaunen aller "rechtgläubigen" Ostpreussen hat neuerdings sogar die nationalsozialistische Presse Ostpreussens feststellen müssen: "an der Spitze eines solchen Institutes ist uns aber ein Mann unerträglich, welcher über seine persönliche Sauberkeit derartige Zweifel unwidersprochen aufkommen lässt, wie Herr von Hippel".

SPD. Die sich alljährlich mit der Hochflut von Geschäftsabschlüssen einstellenden Dividendenrätsel sind in diesem Jahre verhältnismässig einfach zu lösen. Die Dividende wird z.T. absichtlich reduziert, um den nötigen Eindruck auf die Öffentlichkeit zu erzielen. Man drückt die Dividende, um die sozialreaktionäre Offensive weiter zu treiben. Wenn man allen Ernstes in der Unternehmerschaft daran geht, das Tarifwesen zu durchlöchern und die Löhne weiter zu drücken, dann muss man eine Art Berechtigungsnachweis für die Öffentlichkeit

erbringen und dieser Berechtigungsnachweis ist eben die gekürzte Dividende.

Typisch ist die Dividendenkürzung bei den Grossbanken. Sicherlich hat das Bankjahr 1930 mehr oder weniger schwere Schläppen gebracht. Aber die Banken haben nicht gleich gelitten. Es gibt Banken, bei denen eine Dividendenreduktion schon angebracht erscheint, bei anderen Banken ist sie unnötig; sie könnten zumindestens die Vorjahrsdividende zahlen. Was hat man aber getan? Man hat sich zusammengesetzt und die Dividendenkürzung nach einem bestimmten Schlüssel vereinbart. So kommt es, dass die Berliner Handelsgesellschaft ihre Dividende reduziert. So kommt es auch, dass die Danat ihre Dividende heruntersetzen wird, obwohl die Notwendigkeit von Kennern des Unternehmens stark bestritten wird.

Ein anderes Dividendenrätsel gibt die Kaliindustrie auf. Man kann gerade nicht behaupten, dass die Kaliindustrie schwer von der Krise des Jahres 1930 betroffen wurde. Die Kaliindustrie gehört zweifellos zu den Industrien, die gut durch das Krisenjahr gekommen sind. Der Absatz stellt sich immerhin auf 13,57 Millionen Doppelzentner Reinkali für das Jahr 1930. Damit bleibt er gegenüber dem im Jahre 1929, wo er rund 14 Millionen dz betrug, nicht weit zurück. Der verminderte Absatz in Kali dürfte auch durch den vermehrten Absatz von Nebenprodukten völlig ausgeglichen sein. Insbesondere haben die grossen Kalikonzerne durch ihre Beteiligungen an den Oelgesellschaften in Norddeutschland im vergangenen Jahr mehr profitiert als früher. Ausserdem erfreut sich die Kaliindustrie guter Preise. Im grossen und ganzen dürfte sich für die grossen Kalikonzerne ein verminderter Absatz von 3 bis 4% ergeben. Das rechtfertigt keineswegs eine Dividendenreduktion. Trotzdem setzt der Wintershallkonzern seine Dividende von 12 auf 8%, also um 33% herab. Eine nähere Begründung wird dafür nicht gegeben. Es mag sein, dass der Konzern neue Riesemittel ansammeln will, um seine Erweiterungspolitik zu finanzieren. Es mag sein, dass der Wintershallkonzern die Situation für grössere Abschreibungen bei seinen Neuanlagen, besonders bei den Anlagen für Herstellung von Düngemitteln, für günstig und gekommen hält. Ohne Zweifel spielt die Absicht, Notstandseindruck auf die Oeffentlichkeit zu erzielen, doch bei dieser Dividendenreduktion aber die Hauptrolle. Zumindestens ist dieser Eindruck in der Oeffentlichkeit den Konzernen sicherlich willkommen. Dass wirtschaftliche Ursachen für die Dividendenreduzierung bei Wintershall nicht vorliegen, beweist am besten die Tatsache, dass der Burbachkonzern seine alte Dividende von 12% auch diesmal zahlt. Auch in der Salzdettfurthgruppe ist allem Anschein nach mit einer Dividendenreduzierung nicht zu rechnen.

SPD. Der viel erörterte Reichsbahnkredit für die Elektrifizierung der Bahnstrecke Augsburg-Stuttgart ist jetzt zum Abschluss gekommen. Es handelt sich dabei um ein Objekt von rund 50 Millionen Mark, wodurch, alles in allem gerechnet, rund 10 000 Mann 1½ Jahr beschäftigt werden können. Die Arbeiten werden von einem Konsortium ausgeführt, in dem die grossen Elektrokonzerne vertreten sind, so AEG, Siemens, Bergmann, Brown-Boveri usw. Das Geld wird von einer Gruppe gegeben, der mehrere ausländische Institute angehören. Bekanntlich übernimmt das Reich für 5 Jahre die Zinsgarantie. Ausserdem wird die produktive Erwerbslosenfürsorge Zuschüsse gewähren.

300 Mark für Juliweizen.

(Berliner Getreidebörse vom 21. Februar)

SPD. Die feste Grundstimmung hielt an der Berliner Produktenbörse vom Sonnabend weiter an. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lagen für beide Brotgetreidearten wieder um durchschnittlich 1 und $1\frac{1}{2}$ Mark höher, sodass erstmalig für Weizen für Julilieferung ein Kurs von 300 Mark erzielt wurde. Jedoch konnten diese Gewinne sich im Verlaufe der Börse nicht voll behaupten. Sie gingen zum Teil wieder verloren. Auch im Handel mit prompterer Ware wurden Preiserhöhungen von ca. 2 Mark erzielt. Namentlich um das nach wie vor geringe Weizenangebot bemühen sich besonders die Mühlen in der Provinz, sodass nach Berlin nur sehr wenig Material angeboten wird. Die vermehrte Kauflust der Mühlen ist eine Folge des besseren Weizenmehlgeschäftes. Hier wurden teilweise um 50 Pfennig höhere Preise durchgesetzt. Der Absatz in Roggenmehl gestaltete sich zwar wesentlich schleppender; jedoch haben auch hierfür die Mühlen ihre Forderungen um zirka 25 Pfennig erhöht. Hafer und Gerste hatten wie stets am Wochenschluss recht ruhigen Markt.

	20. Febr.	21. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	273 - 275	276 - 278
Roggen	155 - 157	158 - 160
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industrierogerste	190 - 204	190 - 204
Hafer	138 - 145	139 - 146
Weizenmehl	32,00 - 38,50	32,50 - 39,00
Roggenmehl	23,40 - 26,30	23,75 - 26,50
Weizenkleie	11,00 - 11,25	11,25 - 11,50
Roggenkleie	9,60 - 10,10	9,75 - 10,25
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen März 290 - 289 $\frac{1}{2}$ (Vortag: 288 $\frac{1}{2}$) Mai 297-296 (297), Juli 300-299 (299). Roggen März 178-176 $\frac{1}{2}$ Mai 163 $\frac{3}{4}$ - 163 $\frac{1}{2}$ Brief (162), Juli 171 $\frac{1}{4}$ -170 $\frac{1}{2}$ Brief (168 $\frac{3}{4}$).		

SPD. Die Förderung im Rheinisch=Westfälischen Steinkohlensyndikat stellt sich für den Monat Januar 1931 auf 8,455 Millionen Tonnen gegenüber 8,501 Millionen Tonnen im Dezember 1930. Damit ist die arbeitstägliche Förderung von 347 016 Tonnen auf 331 573 Tonnen zurückgegangen. Der Gesamtabsatz wird mit 5,716 Millionen Tonnen angegeben gegenüber 5,796 Millionen Tonnen im Monat Dezember. Davon gingen 2,982 Millionen Tonnen (im Vormonat 2,878) nach dem bestrittenen Gebiet und 2,733 Millionen Tonnen (2,918) nach dem unbestrittenen Gebiet.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 21. Februar: I. 147 Mark, II. 139 Mark, III. 125 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

Deutscher Reichstag

29. Sitzung vom 21. Februar, 12 Uhr.

Der Reichstag setzte am Sonnabend die zweite Beratung des Haushalts für die Kriegslasten fort.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Ztr.) führte aus, auch nach dem Verschwinden der Besetzung sei die Wirtschaftsnot im deutschen Westen nicht geschwunden. Die Streichung von 8 Millionen an der Westgrenzhilfe im diesjährigen Etat sei eine bedenkliche Massnahme.

Abg. Jadasch (Komm.) bezeichnet den Kriegslasten=Etat als einen Beweis für die Ausbeutung des deutschen Proletariats durch den internationalen Kapitalismus. Der Redner verlangt eine Aenderung des Kriegsschädenschlussgesetzes.

Damit ist die Aussprache beendet. Der Kriegslasten=Etat wird in zweiter Beratung angenommen unter Zurückstellung der die Osthilfe betreffenden Kapitel. Dazu wird eine Entschliessung des Ausschusses angenommen, die schon für das Rechnungsjahr 1931 eine erste Rate für die im Westen links des Rheins durch das Osthilfegesetz vorgesehenen Bahnbauten verlangt.

Ohne Aussprache wird der Haushalt der Reichsschuld genehmigt. Dann folgt die zweite Beratung des Haushalts für Versorgung und Ruhegehälter.

Abg. Gräf-Dresden (Komm.) bezeichnet die Versorgung der Kriegsbeschädigten als ganz unzureichend. Unerhört sei die Oberflächlichkeit, mit der von den Aerzten der Versorgungsbehörden die Untersuchung der Versorgungsberechtigten vorgenommen werde. Der Redner führt dafür verschiedene Beispiele an. Ein kriegsbeschädigter Ingenieur, den man für geisteskrank erklären und unterbringen wollte, habe zur Untersuchung einen kerngesunden Freund geschickt und der Dortmunder Arzt Dr. Platho habe nach einer zwei Minuten währenden Unterhaltung mit dem "Stellvertreter" diesen gesunden Menschen in einem ausführlichen Gutachten für geisteskrank erklärt und seine Unterbringung in einer Anstalt befürwortet. (Hört!Hört!) Gebrandmarkt werden müsse das Verhalten der Nationalsozialisten, die den Kriegsopfern den Rat erteilen, Selbstmord zu begehen. (Pfui=Rufe b.d.Komm.)

Abg. Hänse (Landvolk) erklärt, seine Freunde seien für grösste Sparsamkeit; aber beim Versorgungsetat dürfe die Sparsamkeit nicht auf Kosten der Kriegsoffer zu weit getrieben werden. Hier zeige sich am deutlichsten der Druck der im Versailler Diktat uns aufgezwungenen unerträglichen Tributlasten.- Der Redner tritt für die Ausschussentschliessung ein, wonach alle Schwerkriegsbeschädigten von der Gebühr für Krankenscheine und Verordnungsscheine befreit sein sollen.

Damit ist die Aussprache erledigt. Die Abstimmung wird auf später vertagt. Zu dem dann folgenden Haushalt des Rechnungshofs und des Reichssparkommissars liegen Wortmeldungen nicht vor.- Die Abstimmung wird auch in diesem Fall zurückgestellt.

Gegen 1 $\frac{3}{4}$ Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen die 2. Beratung des Landwirtschafts=Etats.

SPD. Im mitteldeutschen Strassenbaugewerbe hat sich der Lohnstreit be-
reits zu einem offenen Lohnkonflikt verschärft. Wohl haben die beiden Arifor-
organisationen beschlossen, die Lohnverhandlungen zunächst bis zum Vorliegen des
in Beratung stehenden Reichstarifvertrages zu vertagen, allein das hält die
Unternehmerverbände nicht ab, schon jetzt mit Erpressung von Reversunterzeich-
nungen und Aussperrung gegen die Arbeiter vorzugehen. An der Spitze marschiert
dabei wie immer die Steinsetzerzwangsinnung für den Regierungsbezirk Merseburg.
Sie fordert sofortige und unterschriftliche Anerkennung eines Reverses, wonach
die bisher in Geltung gewesenen Stundenlöhne - sie sind bis zur Stunde noch im-
mer allgemeinverbindlich - um 20 und mehr Prozent gekürzt werden sollen. Wer
nicht unterzeichnet, wird entlassen, d.h. ausgesperrt.

Der Zentralverband der Steinarbeiter wird alle die Firmen, die mit ähnli-
cher Willkür vorgehen, sperren. Zunächst gelten für jeden organisierten Stein-
setzer und Berufsgenossen als gesperrt folgende Firmen: Franz Merseburger in
Ammendorf, Otto Hirschfelder in Halle, Karl Geissler in Mueheln, Mühlhaus und
Schulze sowie O. Reinhardt in Weissenfels.

Auch auf den Arbeitskonflikt des mitteldeutschen Strassenbaugewerbes
möchten die Kommunisten Einfluss gewinnen. Die Arbeitnehmer des Steinsetzer-
gewerbes lehnen jedoch jedweden kommunistischen Störungsversuch ab. Sie wis-
sen, dass gerade in diesen Tagen eine Abwehr des Unternehmerangriffs nur dann
erfolgreich sein kann, wenn sie einheitlich und von Leuten geführt wird, die
von gewerkschaftlichen Dingen etwas verstehen, nicht aber von den gewerkschaft-
lichen ABC-Schützen, die in der RGO das grosse Wort führen.

SPD. Die Bergarbeiter des Eisengrubengebietes Lahn-Dill und Oberhessen
haben in einer Konferenz, die dieser Tage in Giessen stattfand, gegen die von
den Unternehmern geforderte Lohnsenkung in Höhe von durchschnittlich 18 %
schärfsten Protest erhoben. Die Konferenz nahm eine Entschliessung an, in der
darauf hingewiesen wird, dass gegenwärtig die Löhne nur 4,65 bis 5,35 Mark pro
Schicht betragen. Nach der Unternehmerforderung sollten sie nur auf 3,87 bzw.
4,30 Mark gesenkt werden. Der Absatzrückgang, mit dem die Arbeitgeber ihre For-
derung begründeten, ergebe sich, abgesehen von der allgemeinen schlechten
wirtschaftlichen Lage, vor allen Dingen aus dem Umstand, dass die Hüttenbe-
sitzer Erzlieferungsverträge mit dem Ausland bis zum Jahre 1940 abgeschlossen
hätten. Betriebsstilllegung, Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung seien die Auswir-
kungen einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Ähnlich stehe es bei der Roheisen
bewirtschaftung. Der Roheisenpreis deutscher Erzeugnisse stehe im Inland durch-
weg 25% höher als im Ausland. Der deutsche Arbeiter solle die Zeche mit nie-
drigeren Löhnen bezahlen. Von allen in Frage kommenden Instanzen müsse erwar-
tet werden, dass der geplante, geradezu ungeheuerliche Lohnabbau vermieden
werde.

Bei allen früheren Lohnverhandlungen ist auf die Notlage des Eisenstein-
bergbaus Rücksicht genommen worden. Das darf man wohl auch jetzt erwarten.

SPD. Für die mittelbadische Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch ge-
fällt, der eine Lohnkürzung um 6% vorsieht. Die Neuregelung soll bis Ende des
Jahres 1931 gelten. - In der badischen Papierindustrie wurde ein Schieds-
spruch gefällt, der den Ecklohn um 5 Pfennig senken will. - Zur Neuregelung
des Lohnvertrags der Verbandsgruppe VI des Schutzverbandes deutscher Glas-
fabriken wurde in Nürnberg ein Schiedsspruch gefällt, der eine Kürzung der
Löhne um 3 bis 5 Prozent vorsieht, und zwar für die Dauer bis zum 31. Mai.

Deutscher Reichstag

29. Sitzung vom 21. Februar, 12 Uhr.

Der Reichstag setzte am Sonnabend die zweite Beratung des Haushalts für die Kriegslasten fort.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Ztr.) führte aus, auch nach dem Verschwinden der Besetzung sei die Wirtschaftsnot im deutschen Westen nicht geschwunden. Die Streichung von 8 Millionen an der Westgrenzhilfe im diesjährigen Etat sei eine bedenkliche Massnahme.

Abg. Jadasch (Komm.) bezeichnet den Kriegslasten=Etat als einen Beweis für die Ausbeutung des deutschen Proletariats durch den internationalen Kapitalismus. Der Redner verlangt eine Aenderung des Kriegsschädenschlussgesetzes.

Damit ist die Aussprache beendet. Der Kriegslasten=Etat wird in zweiter Beratung angenommen unter Zurückstellung der die Osthilfe betreffenden Kapitel. Dazu wird eine Entschliessung des Ausschusses angenommen, die schon für das Rechnungsjahr 1931 eine erste Rate für die im Westen links des Rheins durch das Osthilfegesetz vorgesehenen Bahnbauten verlangt.

Ohne Aussprache wird der Haushalt der Reichsschuld genehmigt. Dann folgt die zweite Beratung des Haushalts für Versorgung und Ruhegehälter.

Abg. Gräf-Dresden (Komm.) bezeichnet die Versorgung der kriegsbeschädigten als ganz unzureichend. Unerhört sei die Oberflächlichkeit, mit der von den Aerzten der Versorgungsbehörden die Untersuchung der Versorgungsberechtigten vorgenommen werde. Der Redner führt dafür verschiedene Beispiele an. Ein kriegsbeschädigter Ingenieur, den man für geisteskrank erklären und unternehmen wollte, habe zur Untersuchung einen kerngesunden Freund geschickt und der Dortmunder Arzt Dr. Platho habe nach einer zwei Minuten währenden Unterhaltung mit dem "Stellvertreter" diesen gesunden Menschen in einem ausführlichen Gutachten für geisteskrank erklärt und seine Unterbringung in einer Anstalt befürwortet. (Hört!Hört!) Gebrandmarkt werden müsse das Verhalten der Nationalsozialisten, die den Kriegsoptionen den Rat erteilen, Selbstmord zu begehen. (Pfui=Rufe b.d.Komm.)

Abg. Hänse (Landvolk) erklärt, seine Freunde seien für grösste Sparsamkeit; aber beim Versorgungsetat dürfe die Sparsamkeit nicht auf Kosten der Kriegsoptionen zu weit getrieben werden. Hier zeige sich am deutlichsten der Druck der im Versailler Diktat uns aufgezwungenen unerträglichen Tributlasten. - Der Redner tritt für die Ausschussentschliessung ein, wonach alle schwerkriegsbeschädigten von der Gebühr für Krankenscheine und Verordnungsscheine befreit sein sollen.

Damit ist die Aussprache erledigt. Die Abstimmung wird auf später vertagt. Zu dem dann folgenden Haushalt des Rechnungshofs und des Reichssparkommissars liegen Wortmeldungen nicht vor. - Die Abstimmung wird auch in diesem Fall zurückgestellt.

Gegen 1 $\frac{3}{4}$ Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen die 2. Beratung des Landwirtschafts=Etats.

SPD. Im mitteldeutschen Strassenbaugewerbe hat sich der Lohnstreit bereits zu einem offenen Lohnkonflikt verschärft. Wohl haben die beiden Arifor-
organisationen beschlossen, die Lohnverhandlungen zunächst bis zum Vorliegen des
in Beratung stehenden Reichstarifvertrages zu vertagen, allein das hält die
Unternehmerverbände nicht ab, schon jetzt mit Erpressung von Reversunterzeich-
nungen und Aussperrung gegen die Arbeiter vorzugehen. An der Spitze marschiert
dabei wie immer die Steinsetzerzwangsinnung für den Regierungsbezirk Merseburg.
Sie fordert sofortige und unterschriftliche Anerkennung eines Reverses, wonach
die bisher in Geltung gewesenen Stundenlöhne - sie sind bis zur Stunde noch im=
mer allgemeinverbindlich - um 20 und mehr Prozent gekürzt werden sollen. Wer
nicht unterzeichnet, wird entlassen, d.h. ausgesperrt.

Der Zentralverband der Steinarbeiter wird alle die Firmen, die mit ähnli=
cher Willkür vorgehen, sperren. Zunächst gelten für jeden organisierten Stein=
setzer und Berufsgenossen als gesperrt folgende Firmen: Franz Merseburger in
Ammendorf, Otto Hirschfelder in Halle, Karl Geissler in Mücheln, Mühlhaus und
Schulze sowie O. Reinhardt in Weissenfels.

Auch auf den Arbeitskonflikt des mitteldeutschen Strassenbaugewerbes
möchten die Kommunisten Einfluss gewinnen. Die Arbeitnehmer des Steinsetzer=
gewerbes lehnen jedoch jedweden kommunistischen Störungsversuch ab. Sie wis=
sen, dass gerade in diesen Tagen eine Abwehr des Unternehmerangriffs nur dann
erfolgreich sein kann, wenn sie einheitlich und von Leuten geführt wird, die
von gewerkschaftlichen Dingen etwas verstehen, nicht aber von den gewerkschaft
lichen ABC-Schützen, die in der RGO das grosse Wort führen.

SPD. Die Bergarbeiter des Eisenrubengebietes Lahn-Dill und Oberhessen
haben in einer Konferenz, die dieser Tage in Giessen stattfand, gegen die von
den Unternehmern geforderte Lohnsenkung in Höhe von durchschnittlich 18 %
schärfsten Protest erhoben. Die Konferenz nahm eine Entschliessung an, in der
darauf hingewiesen wird, dass gegenwärtig die Löhne nur 4,65 bis 5,35 Mark pro
Schicht betragen. Nach der Unternehmerforderung sollten sie nur auf 3,87 bzw.
4,30 Mark gesenkt werden. Der Absatzrückgang, mit dem die Arbeitgeber ihre For=
derung begründeten, ergebe sich, abgesehen von der allgemeinen schlechten
wirtschaftlichen Lage, vor allen Dingen aus dem Umstand, dass die Hüttenbe=
sitzer Erzlieferungsverträge mit dem Ausland bis zum Jahre 1940 abgeschlossen
hätten. Betriebsstilllegung, Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung seien die Auswir=
kungen einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Ähnlich stehe es bei der Roheisen
bewirtschaftung. Der Roheisenpreis deutscher Erzeugnisse stehe im Inland durch
weg 25% höher als im Ausland. Der deutsche Arbeiter solle die Zeche mit nie=
drigeren Löhnen bezahlen. Von allen in Frage kommenden Instanzen müsse erwar=
tet werden, dass der geplante, geradezu ungeheuerliche Lohnabbau vermieden
werde.

Bei allen früheren Lohnverhandlungen ist auf die Notlage des Eisenstein=
bergbaus Rücksicht genommen worden. Das darf man wohl auch jetzt erwarten.

SPD. Für die mittelbadische Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch ge=
fällt, der eine Lohnkürzung um 6% vorsieht. Die Neuregelung soll bis Ende des
Jahres 1931 gelten. - In der badischen Papierindustrie wurde ein Schieds=
spruch gefällt, der den Ecklohn um 5 Pfennig senken will. - Zur Neuregelung
des Lohnvertrags der Verbandsgruppe VI des Schutzverbandes deutscher Glas=fabriken
wurde in Nürnberg ein Schiedsspruch gefällt, der eine Kürzung der
Löhne um 3 bis 5 Prozent vorsieht, und zwar für die Dauer bis zum 31. Mai.